

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 3 M., durch unsere Ausleger vorgetragen in der Stadt monatlich 3 M., auf dem Lande 3 M., durch die Post bezogen vierwöchentlich 12 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postausfälle und Verluste sowie unsere Ausleger und Geschäftsstelle nehmen keinerlei Verbindlichkeiten an. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzelverkaufspreis 3 M. für die 6-gedruckte Anzeigenzeile oder deren Raum, Resten, die 2-spaltige Anzeigenzeile 2 M. Bei Anzeigenerstattung und Jahresvertrag entsprechend Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Anzeigenzeile 10 M. Nachverlangung-Geld für 50 Pfg. Anzeigenerstattung die vierwöchentliche 30 M. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir ohne Garantie. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar. Wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Resten gerät.

Erste Ausgabe seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 296

Dienstag den 20. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Die Auszahlung der Minderbemittelten-Beihilfen

auf Monat Dezember 1921 erfolgt Mittwoch den 21. d. M. vormittags 9—1 Uhr in der Stadtkasse.

Wilsdruff, am 19. Dezember 1921.

Der Stadtrat.

Grumbach.

Die für Dienstag den 20. Dezember 1921 anberaumte Schulausschuss-Sitzung findet erst Mittwoch den 21. Dezember 1921 abends 6 Uhr statt.

Grumbach, am 17. Dezember 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reparationskommission hat den deutschen Antrag auf Zahlungsausschub mit den Rückfragen beantwortet, wieviel Deutschland zahlen kann, wie lang der Ausschub sein soll und welche Garantien für spätere volle Leistung gegeben werden können.

* Der Reichstag nahm die Entscheidung für die sofortige Aufhebung der Ausnahmeverordnung vom 23. September zum Ausnahmestadium an. Man erwartet die Aufhebung in den nächsten Tagen.

* Der französische Ministerpräsident, der die Beziehungen zum Vatikan wieder aufnehmen will, erhielt nach erregter Aussprechung dieser Angelegenheit ein Vertrauensvotum im Senat für seine Politik.

* Lloyd George beschäftigt die Einberufung einer europäischen Konferenz für den Wiederaufbau, die das gesamte Reparationsproblem erörtern soll.

* Das englische Parlament hat den Friedensvertrag mit Irland ratifiziert. Im Unterhause wurde er mit 401 gegen 78 und im Oberhause mit 166 gegen 47 Stimmen angenommen.

Los von Versailles!

Die Bedeutung des deutschen Antrags auf Bewilligung eines Zahlungsausschubs wird man nur dann richtig einschätzen, wenn man berücksichtigt, daß es sich nicht um eine nur für den Augenblick berechnete Maßnahme handelt, durch die die abhandeltenden Schwierigkeiten wieder um ein paar Wochen vor dem Umschlagen in eine offene Katastrophe bewahrt werden sollen, sondern daß vielmehr das Reparationsproblem und damit die grundsätzliche Frage einer Abänderung des Versailler Friedensvertrages in vollem Umfang zur Debatte gestellt wird. Wie stark der Boden international auf diesen in der Tat weltbewegenden Gedanken vorbereitet ist, erkennt man beispielsweise aus einer Äußerung des amerikanischen Senators Borah, der diese Idee neuerdings in die Worte faßte: Die Wohlfahrt der gesamten Welt hänge von drei Faktoren ab, die 1. von der völligen Revision des Versailler Vertrages, 2. der Abrüstung aller Länder und 3. davon, daß das Schicksal der Völker nicht mehr durch die Gewalt entschieden werde. Borah sagte, er werde im Senat die völlige Annullierung der europäischen Schulden an Amerika beantragen, aber nur unter der Bedingung, daß Europa den Versailler Vertrag revidiere. Damit ist von einer im vorliegenden Falle gewissermaßen neutralen Seite die Lage richtig gekennzeichnet, und eine Bestätigung dafür, daß diese Auffassung auch bei den am nächsten beteiligten Staaten an Boden gewinnt, ergibt sich aus einer sehr charakteristischen Äußerung des bekannten französischen Politikers Herbe, der über den Wandel der Anschauungen in der letzten Zeit in seinem Blatte „Victoire“ treffend bemerkt: Vor zwei oder drei Monaten wäre bei einer solchen Note in Frankreich alles in die Luft gegangen. Man hätte erklärt, daß ohne Zögern das Ruhrgebiet besetzt werden müsse. Allen Anschein nach sei die deutsche Note nur das Vorspiel zu dem großen Stück, das nächste Woche in London gespielt werde. Neben den großen Fragen, die dort verhandelt würden, werde der Ausschub, den Deutschland verlange, nur „eine Frage fünfundsiebzigster Ordnung“ sein.

Die Frage erster Ordnung aber, um die es sich allein noch handeln kann, ist eben die Revision des Friedensvertrages. Die Einleitung dazu ist die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Briand in London. Darüber hinaus aber beabsichtigt Lloyd George, eine allgemeine europäische Konferenz über den wirtschaftlichen Wiederaufbau vorzuschlagen. Dabei sollen auch die Ansichten Deutschlands und Österreichs gehört werden. Amerika würde aber an dieser Konferenz nicht teilnehmen. An amtlicher englischer Stelle erklärt man zu der deutschen Note, daß diese wohl dazu dienen könne, „die Luft zu reinigen“ und die gesamte Frage zur Entscheidung zu bringen. Die Note kam ja den allertesten Regierungen auch keineswegs überraschend, sondern war überall vorher angekündigt, so daß eine rasche, vorher überlegte Stellungnahme die Folge sein konnte. Der englische Standpunkt scheint nun nach allen vorliegenden Weisungen dahin zu gehen, daß Deutschland die Möglichkeit gegeben werden muß, sich zu erholen, und daß ein französischer Einmarsch ins Ruhrgebiet eventuell sogar durch Zugeständnisse in den Orientfragen verhindert werden müsse. Jedenfalls aber will Lloyd George die Frage der Schuldenbezahlung in großem Rahmen aufrollen, d. h. auch eine gegenseitige Streichung der Schulden, die die Verbündeten untereinander haben, mit der Revision der deutschen Verpflichtungen verbinden.

Die Franzosen stehen, wie nicht anders zu erwarten war, auf einem abweichenden Standpunkt. Für

ne ist der Versailler Vertrag keine Fessel, wie für die übrige Welt, sondern eine Angriffswaffe gegen Deutschland. Die Reparationskommission, in der der französische Einfluß sehr stark ist, hat inzwischen bereits eine Antwortnote auf die deutsche Anfrage nach Berlin geschickt. Darin wird erstens Aufklärung darüber verlangt, welche Einzelbeträge von der in der deutschen Note angeführten Zahlung für Januar und Februar in den beiden Monaten gezahlt werden können. Zweitens wird angefragt, wie lange der Ausschub dauern soll, und drittens, welche Garantien während der Dauer des Ausschubs für die Vollaufleistung gegeben werden können.

Die Reparationskommission will ferner selbst nachprüfen, ob unsere Angaben über unsere Zahlungsfähigkeit zutreffen, und zu diesem Zwecke will, so wird die Note durch Blättermeldungen ergänzt, Briand angeblich den Vorschlag machen, daß eine alliierte Kontrollkommission nach Deutschland entsandt werde, um nicht nur das Steuerwesen zu kontrollieren, sondern auch die Ausgabe der deutschen Banknoten. Der von französischer Seite angeregte Ausweg, die schwachen Goldbestände der deutschen Reichsbank zu pfänden, um die Jannarrate zu ergänzen, wird in der englischen Note als unsinnig zurückgewiesen, denn erstens ist dieses Geld nicht Reichseigentum, sondern Privatbesitz, und zweitens würde dadurch die Mark, an deren Kurs die Engländer kein geringes Interesse haben, ins Bodenlose stürzen.

Damit ist aber nicht gesagt, daß die Engländer unsere Wünsche (soweit sie auch ihre eigenen sind!) bedingungslos vertreten würden. Auch sie fordern natürlich schwere Garantien, die sich in erster Linie auf den Ausgleich des deutschen Staatshaushaltes erstrecken. Damit ist derjenige Teil des Weltproblems einer Revision des Versailler Friedens verknüpft, zu dessen Lösung die deutsche Regierung, die Parteien und das ganze Volk beitragen können. Aber auch dafür bleibt die unerlässliche Voraussetzung bestehen, daß die Entente nicht neue Stellen schmeißt, die das Befreiungswerk zunichte machen, das nicht nur dem Deutschen Reiche, sondern ganz Europa Hilfe bringen soll.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Über 112 Milliarden Mark Reparationsausgaben.

Bei der Behandlung des Nachtragsberichts für die Ausführung des Friedensvertrages wurde im Hauptausschuß des Reichstages festgestellt, daß der Haushalt des Reiches durch das Londoner Ultimatum mit einer Summe von 112 Milliarden Mark belastet ist, die sich auf allgemeine Ausgaben, Besatzungs- und Kommissionskosten, Leistungen außerhalb der Reparation und innere Ausgaben verteilen.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Im Postgebührenausschuß des Reichstages kündigte ein Regierungsvorsteher eine Reihe von Reformen an, deren Durchführung Ersparnisse von vierhundert Millionen jährlich bringen wird. Ein Antrag auf Herabsetzung der Gebühren für den Ortstarif wird abgelehnt; angenommen werden die Anträge auf Festsetzung der Gebühren für Anfahrtsarten mit fünf Textvorlagen auf vierzig Pfennig und für Päckchen auf vier Mark. Für Zeitungspakete soll eine Verbilligung auf drei Mark eintreten. Die Zeitungsgebühren bleiben einstweilen unverändert; die Regierung wird eine neue Vorlage machen. Angenommen wurde auch ein Antrag, die Fernspreckgebühren um 80 Prozent zu erhöhen, während die Regierungsvorlage 100 Prozent forderte.

Fortbestand der Deutschen Werke?

Die Völkerverkonferenz in Paris hat einen Bericht des Generals Kollet über die Umwandlung der Deutschen Werke angeht. Dazu melden Pariser Blätter, es handle sich bekanntlich um die großen Kriegsfabriken, die jetzt zu Friedensarbeit umgebaut werden sollen und deren völlige Unterdrückung Tausende von Arbeitern arbeitslos machen würde. Die Völkerverkonferenz habe ihre Entscheidung noch nicht getroffen. Es sei aber wahrscheinlich, daß sie das Ausschließen von Friedensarbeit unter der Voraussetzung einer stärkeren militärischen Kontrolle genehmigen werde.

Wirtschaftsberatungen für das besetzte Gebiet.

Die Rheinlandkommission hatte in den Tagen vom 14. bis 16. Dezember eine Anzahl von Vertretern des Wirtschaftslebens zu einer Besprechung eingeladen. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete nahm an dieser Besprechung persönlich teil. Wegen der Härten, denen das Wirtschaftsleben in den besetzten Gebieten im besonderen

ausgesetzt ist (Besatzungsstruppen, Wohnungsbeschlagnahme usw.), wurde von den deutschen Vertretern gebeten, die Stärke der Besatzungsstruppen zu vermindern, die farbigen Truppen zurückzuziehen und die Ausverkaufsbefreiung zu verlängern. Außerdem wurde auf die Vereins- und Versammlungsbefreiung und besonders auf die unter der Bevölkerung hervorgerufene Beunruhigung durch den Fall Smets hingewiesen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Verbrauchsausschuß nahm das neue Kohlensteuergesetz (Erhöhung auf 40 Prozent) an.

Berlin. Die nach der Annahme des neuen Ostklassenverzeichnisses erforderlichen Nachzahlungen an die Beamten werden voraussichtlich nach Vorbescheiden erfolgen. Das Reichsfinanzministerium hat dafür die Summe von anderthalb Milliarden Mark zur Verfügung gestellt.

Deutscher Reichstag.

(172. Sitzung.)

CA. Berlin, 17. Dezember.

Die Beschlussefassung des Reichstages zur Aufhebung der vorkriegsrechtlichen Ausnahmeverordnungen, die nach der Ernennung Erzbergers erlassen wurden, geschah mit 100 gegen 142 Stimmen. An der Spitze der heutigen Tagesordnung stand das Gesetz, betr. Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Die Vorlage wurde in dritter Lesung angenommen, und zwar mit der von allen Parteien beantragten Abänderung, daß das Entgelt nicht 3 Mark, wie in der zweiten Lesung beschlossen wurde, sondern 4 1/2 Mark betragen solle. Dann kam man zur zweiten Lesung eines Gesetzes über die Neuregelung der Zulage und der

Abfindung in der Unfallversicherung.

Abg. Karpen (N. Soz.) erklärte, der Entwurf der Regierung zeige, daß vom Reichsarbeitsministerium eine vernünftige Reform der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht zu erwarten sei. Den Industriellen und Arbeitgebern solle eine erhebliche Liebesgabe zuteil werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erwiderte, den Anregungen der Unabhängigen auf Befestigung der begrenzten Erwerbsunfähigkeit und auf Feststellung eines durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes könne die Regierung leider nicht folgen. Die Berufsgenossenschaften könnten die daraus sich ergebenden Lasten nicht tragen. Der Minister ersuchte, an den Beschlüssen des Ausschusses festzuhalten.

Abg. Bary (Komm.) bemerkte, die Vorlage habe einen völlig unsozialen Charakter. Hieraus wurden die gestellten Abänderungsanträge abgelehnt und die Vorlage wurde in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Hierauf folgte die erste Lesung eines Gesetzesentwurfs betr. die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Diebstahls, Schleichhandel, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handels. Nach längerer Aussprache wurde die Vorlage dem Ausschuss für Volkswirtschaft überwiesen. Dann kam der Gesetzesentwurf über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln an die Reihe. Er wurde an den Volkswirtschaftsausschuß zurückverwiesen. Geld- hat kurze Freiheitsstrafen.

Darauf ging man an die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs zur Erweiterung des Anwendungsbereiches der Geldstrafen und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen. Der Ausschuss hat die Vorlage mit einigen Änderungen angenommen. Danach können u. a. auch bei Vergehen, die mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten zu ahnden sind, diese Strafen in Geldstrafen umgewandelt werden.

Abg. Herzfeld (Komm.) bemängelte die Vorlage. Der Staat Bayern zum Beispiel werde dieses Gesetz sicher nicht anwenden.

Reichsjustizminister Radbruch bemerkte, daß das Gesetz einen Wendepunkt in der ganzen Rechtspflege bedeute. Die Abschreckungstheorie in der Strafvollstreckung habe dazu geführt, daß Leute, die noch nicht so sehr verdorben seien, mit Verbüßern zusammengebracht und dadurch erst ganz verdorben würden. Der Entwurf sei gewissermaßen ein Experiment, durch das erst bewiesen werden solle, wie die in Vorbereitung befindliche Reform des Strafrechts gestaltet werden könne. Das Ziel geht dahin, Freiheitsstrafen unter drei Monaten überhaupt zu beseitigen. Der Regierung müsse aber zunächst von Fall zu Fall freie Hand gelassen werden. Die Länder werden sich den Wünschen des Reichstages anpassen, auch Bayern, das im Ausschuss lebhaft auf die Schwierigkeiten hingewiesen habe. Nach weiteren Bemerkungen wurde die Vorlage in der Ausschussefassung angenommen, ebenso in der sofort anschließenden zweiten und dritten Lesung.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des preussischen Schieferlassens wurde nach kurzer Auseinandersetzung, wobei der Abg. Rosenfeld (N. Soz.) den neuen Schieferlass des preussischen Ministers des Innern Severing scharf angriff, abgelehnt. Der Entwurf über das Verfahren in Versorgungssachen zur rascheren Erledigung der Ansprüche von früheren Kriegsteilnehmern wurde dem Ausschuss zur Annahme empfohlen.

Nach langer durch verschiedene Abänderungsanträge veranlaßter Debatte wurde die Vorlage angenommen.